

Bürger*innenrat Arnsberg – Energiekrise gemeinsam bewäl- tigen

Empfehlungen des Bürger*innenrats
zum Umgang mit der Energiekrise



**Die Empfehlungen resultieren aus den Ergebnissen
des Bürger*innenrates Energie in Arnsberg:**

12.11.2022

09:30-17:30 Uhr

Bürgerzentrum Bahnhof Arnsberg

Clemens-August-Straße 116120, 59821 Arnsberg

Inhalt

| | | |
|---|--|----|
| 1 | Kontext und Ziel der Veranstaltung | 3 |
| 2 | Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen | 5 |
| 3 | Impressionen aus der Vor-Ort Veranstaltung | 11 |

© Zebralog GmbH

Ansprechperson der Stadt Arnsberg:

Daniela Dümpelmann
Stadt Arnsberg
Bürgerdialog | Bürgerbeteiligungsprojekte,
Hellefelder Straße 8
59821 Arnsberg
d.duempelmann@arnsberg.de

1 Kontext und Ziel der Veranstaltung

Die Welt befindet sich im Krisenmodus – Coronakrise, Umweltkrise, Ukrainekrise und nun auch noch eine Energiekrise. Aus diesem Grund hat sich die Stadt Arnberg dazu entschieden, das bereits geplante Format des Bürger*innenrates anhand des Themas „Energiekrise“ zu initiieren. Bürgerräte sind ein methodisches Werkzeug der Beteiligung, welches Verwaltung und Politik ermöglicht, die vielfältigen Meinungen, Ideen, Perspektiven und Stimmungen der Bürgerschaft einzuholen. Gleichzeitig sollen die Bürger*innen die Möglichkeit haben untereinander in den Dialog zu treten, um gemeinsame Empfehlungen an die Politik, die Verwaltung sowie die organisierte Zivilgesellschaft für den Umgang mit der Energiekrise abzugeben. Außerdem werden die Teilnehmenden um Verbesserungsvorschläge zur Veranstaltung und zum langfristigen Einsatz des Formates Bürger*innenrat in Arnberg gebeten.

Ziel der Veranstaltung:

Die Stadt Arnberg verfolgt mit dem ersten Bürger*innenrat zwei Ziele:

- *Inhaltliche Diskussion zum Thema Energiekrise (Hauptpunkt):*
Diverse Bürger*innen werden beteiligt und fühlen sich in ihren Sorgen im Hinblick auf die Energiekrise gehört. Sie verstehen, dass die Situation in der Stadtgesellschaft unterschiedliche Bedürfnisse erweckt. Darauf aufbauend entwickeln die Teilnehmenden Ideen und Empfehlungen zum Umgang mit der Energiekrise.
- *Methode Bürger*innenrat ausprobieren:*
Die Stadt Arnberg testet die Methode des Bürger*innenrats und reflektiert, wie die Durchführung im Hinblick auf den langfristigen Einsatz des Formates verbessert werden könnte.

Beteiligungsfragen:

Während des Bürger*innenrats diskutieren die Teilnehmenden folgende Fragen:

- 1) *Wie geht es den Bürger*innen im Hinblick auf die Energiekrise?*
 - Welche Sorgen und Ängste löst die aktuelle Energiekrise bei den TN aus?
 - Welche Auswirkungen hat die Energiekrise auf die TN konkret?
 - Welche Anpassungsstrategien haben die TN und ihr soziales Umfeld schon umgesetzt?
- 2) *Wie können wir mit den Herausforderungen der Energiekrise als Stadtgesellschaft umgehen?*
 - Welche Bedürfnisse entstehen aus der Energiekrise?
 - Welche Lösungsideen haben die Teilnehmenden, um gemeinsam diese Bedürfnisse zu erfüllen?
 - Wer kann bei der Umsetzung der Ideen unterstützen?
- 3) *Wie kann der Bürger*innenrat im Hinblick auf eine Verstärkung verbessert werden?*
 - Was hat den Teilnehmenden gut gefallen?
 - Wie könnte man das Format des Bürger*innenrats noch verbessern?

Teilnehmende

Am Bürger*innenrat nahmen 27 Bürger*innen der Stadt Arnberg teil. Sie wurden im Rahmen einer geschichteten Zufallsauswahl ausgelost. Durch dieses Auswahlverfahren wurde eine möglichst hohe Diversität innerhalb des Teilnehmendenkreises erreicht, sodass die Teilnehmenden des Bürger*innenrats die breite Stadtgesellschaft möglichst umfassend abbilden. Folgende Kriterien wurden zur Auswahl zu Grunde gelegt:

- Geschlecht
- Alter
- Haushaltsnettoeinkommen
- Haushaltsgröße
- Ortsteile



Abbildung 1: Teilnehmende des Bürger*innenrats Energie Arnberg

Bürger*innenräte

Das Format des Bürger*innenrats genießt große Beliebtheit in aktuellen Beteiligungsdiskursen. Die Vorteile sind offensichtlich: durch eine Zufallsauswahl können Menschen erreicht werden, die sich sonst nicht in derartigen Prozessen engagieren, womit potenziell eine repräsentativere Beteiligung ermöglicht wird. Der Rahmen ist geschützt und erlaubt eine intensive Arbeitsatmosphäre. Auf diese Weise wird der Diskurs weniger von organisierten Interessensvertreter*innen dominiert. Ziel ist es, mit möglichst unterschiedlichen Bürger*innen konkrete Empfehlungen zu einem aktuellen Thema zu erarbeiten, das die Gesellschaft beschäftigt.

Eine Herausforderung des Formates ist, dass die Zufallsauswahl ein zeitintensiver und dementsprechend kostenaufwändiger Prozess ist, bei dem eine sehr große Menge an Menschen angeschrieben werden muss. Außerdem kann es sein, dass ein geschlossener, also nicht öffentlich zugänglicher Bürger*innenrat Frust auslöst bei Bürger*innen, die sich für das Thema engagieren, aber nicht eingeladen wurden. Diesen Herausforderungen kann begegnet werden, indem gezielt eine Kombination von offenen und geschlossenen Beteiligungsformaten angeboten wird. Außerdem werden die Ergebnisse der Bürger*innenräte öffentlich präsentiert und diskutiert, sodass auch Außenstehende die Möglichkeit haben ihre Meinungen und Interessen einzubringen.

Tagesordnung des Bürger*innenrats Energie Arnsberg

| | |
|-------|---|
| 09:30 | Begrüßung und Einführung zum Bürger*innenrat und zur Energiekrise |
| 10:30 | Pause |
| 11:00 | Arbeitsphase I: Sorgen, Auswirkungen und Anpassungsstrategien im Kontext der Energiekrise |
| 12:30 | Pause – Imbiss |
| 13:30 | Arbeitsphase II: Bedürfnisse, Ideen und Unterstützungsbedarfe für den Umgang mit der Energiekrise |
| 16:00 | Pause |
| 16:30 | Abschluss und Ausblick: Feedback zum Bürger*innenrat |
| 17:30 | Ende |

2 Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen

Der Bürger*innenrat Arnsberg zeigt eindrücklich, dass die Arnsberger*innen das Thema Energiekrise besorgt – sowohl persönlich als auch im Hinblick auf ihr soziales Umfeld und die Gesamtgesellschaft. Die Arnsberger*innen sind auf vielfältige Art und Weise direkt von der Energiepreissteigerung betroffen und haben bereits verschiedenste Anpassungsmaßnahmen umgesetzt. Insbesondere die noch nicht absehbaren zukünftigen Auswirkungen der Energiekrise verursachen Ängste und Verunsicherung in der Bevölkerung. Für den Umgang mit den zentralen Herausforderungen der Krise empfehlen die Teilnehmenden des Bürger*innenrats eine Reihe von Lösungsideen. Deren Umsetzung muss von den zuständigen Stellen geprüft werden. Als wichtigen Erfolgsfaktor im Umgang mit der Krise betrachtet der Bürger*innenrat die enge Zusammenarbeit zwischen Stadtgesellschaft, Stadtverwaltung sowie Politik. Das Format des Bürger*innenrats kann ein Teil dieser Lösung sein und auch im Umgang mit zukünftigen Problemstellungen vorteilhaft eingesetzt werden.

2.1 Wie geht es den Arnsberger*innen im Hinblick auf die Energiekrise

Auswirkungen der Energiekrise und Sorgen der Arnsberger*innen

Der Bürger*innenrat Arnsberg drückt seine Besorgnis über die derzeitigen und zukünftigen Auswirkungen der Energiekrise aus. Gegenwärtig bemerken die Bürger*innen vor allem eine Teuerung der Energiepreise (Diesel, Benzin, Gas, Öl, Holzpellets), die zu einer allgemeinen Steigerung der Lebenshaltungskosten, z.B. höhere Lebensmittelpreise bei sinkender Kaufkraft, führt.

Die Inflation senkt bei vielen Bürger*innen das allgemeine Wohlbefinden und verursacht eine Verunsicherung im Hinblick auf die Zukunft. Weniger wohlhabende Bürger*innen müssen sich jeden Tag mit der Frage auseinandersetzen, wie sie ihre Lebenshaltungskosten decken. Darüber hinaus schließen schon jetzt Betriebe wie zum Beispiel eine Bäckerei in Arnsberg. Geldsorgen und Zukunftsängste führen zu psychischen Problemen.

Die Teilnehmenden des Bürger*innenrats sind besorgt, dass die Energiekrise eine Spaltung der Gesellschaft zwischen Gewinner*innen und Verlierer*innen der Energiepreiskrise begünstigt. Erste Proteste zeigen, dass das soziale Vertrauen in die Politik sinkt, die Herausforderungen der Energiekrise zur Zufriedenheit aller lösen zu können. Gleichzeitig wird auch bemängelt, dass eine weitreichende Förderpolitik die Abhängigkeit der Privathaushalte und Unternehmen vom Staat erhöhen könnte. Zum Beispiel wenn Betriebe über staatliche Kredite gerettet werden müssen oder Haushalte finanziell unterstützt werden müssen, um zahlungsfähig zu bleiben.

Insgesamt betrachtet der Bürger*innenrat die Energiekrise mit Blick auf die Zukunft als Herausforderung für den sozialen Frieden in der Gesellschaft. Dieser kann durch professionelle Anschläge auf staatliche Infrastrukturen, wie z.B. kürzlich die Attacken auf die Bahninfrastruktur in Norddeutschland, weiter gezielt destabilisiert werden. Darüber hinaus ist der Bürger*innenrat besonders besorgt über eventuell eintretende Mangellagen, z.B. ein Ausfall der Stromversorgung und mögliche Lebensmittelknappheit.

Anpassungsstrategien der Arnsberger*innen

Die Bürger*innen in Arnsberg haben bereits auf die verschiedenen Auswirkungen der Energiekrise reagiert. Insgesamt muss im Alltag mehr gespart werden. Einige Bürger*innen müssen ihre Freizeitgestaltung einschränken, damit sie die allgemeinen Lebenshaltungskosten bezahlen können.

Um Energie zu sparen, überlegen einige Teilnehmende umweltfreundlichere Mobilitätsformen zu nutzen. Zum einen möchten sie auf Elektro-, Erdgas- oder Wasserstoffautos umsteigen, zum anderen finden sie es sinnvoll den ÖPNV mehr zu nutzen und mehr Wege zu Fuß und per Rad zurückzulegen. Darüber hinaus denken einige Teilnehmenden des Bürgerrates über eine energetische Sanierung von Gebäuden nach und können sich auch vorstellen, Geräte wie Heizungen zu modernisieren.

Langfristig sehen die Teilnehmenden des Bürger*innenrats eine dringende Notwendigkeit dafür, den allgemeinen Konsum insgesamt einzuschränken. Das bedeutet, dass sich Gewohnheiten ändern müssen, und ggf. muss die Gesellschaft einen Verzicht in der allgemeinen Lebensqualität hinnehmen.

2.2 Wie können wir als Stadtgesellschaft mit den Herausforderungen der Energiekrise umgehen?

Zentrale Herausforderungen

Der Bürger*innenrat befindet, dass die Energiekrise die Gesellschaft und damit auch die Stadt Arnsberg vor folgende zentrale Herausforderungen stellt:

Existenzkrise: Die Energiekrise ist insgesamt eine Existenzkrise. Vielen Menschen nimmt sie die finanzielle Sicherheit, ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, da das allgemeine Preisniveau steigt. Darüber hinaus ist die sichere Versorgung mit Energie und Lebensmitteln gefährdet. Wie kann die Existenzsicherheit aller Bürger*innen also langfristig gewährleistet werden?

Psychische Gesundheit: Die Unsicherheitsfaktoren beeinträchtigen die psychische Gesundheit der Bevölkerung. Wie können betroffene Menschen bestmöglich betreut werden?

Vertrauensverlust: Unterschiedliche Betroffenheiten können die Spaltung der Gesellschaft begünstigen. Wie kann das solidarische Miteinander gerade in Zeiten der Belastung gestärkt werden? Wie kann auch einer allgemeinen Panik durch eine transparente und ehrliche Berichterstattung vorgebeugt werden?

Energiesparen: Die Energiekrise macht die Notwendigkeit zum Energiesparen deutlich. Es stellt sich die Frage, wie der individuelle Personenverkehr reduziert und dafür der Rad- und Fußverkehr ausgebaut und erneuerbare Energien mitsamt der notwendigen Infrastruktur, z.B. E-Ladestationen, gefördert werden können.

Akzeptanz und Bewusstsein: Damit die Gesellschaft weniger Energie verbraucht, muss das Bewusstsein und die Akzeptanz für Energiesparmaßnahmen steigen. Wie kann das Bewusstsein für den Energieverbrauch in den Haushalten und in Unternehmen und Organisationen gestärkt und die Wirksamkeit von Maßnahmen besser überprüft werden?

Notfallvorsorge: Für den Notfall einer Mangellage sollte ausreichend vorgesorgt sein und auch ausreichend Personal zu Verfügung stehen, um z.B. nach einem Ausfall Heizungen wieder anschalten zu können. Wie kann für Mangellagen vorgesorgt werden, im Hinblick auf Informationen und Handwerker*innen? Wie kann die kritische Infrastruktur außerdem langfristig vor möglichen Anschlägen gesichert werden?

Ideen

Die Teilnehmenden des Bürger*innenrats haben zahlreiche Ideen, die im Umgang mit den zentralen Herausforderungen der Energiekrise hilfreich sein könnten.

Existenzkrise: Um die Existenzsicherheit der Bürger*innen zu gewährleisten ist es notwendig, die Souveränität über Energie und Lebensmittel zu stärken. Im Hinblick auf die Energiesouveränität sollte der öffentliche Raum und öffentliche Gebäude verstärkt für den Ausbau erneuerbarer Energien genutzt werden. Im Hinblick auf die gestiegenen Lebensmittelpreise können alternative Versorgungswege gestärkt werden, zum Beispiel indem die

„Was sind für Sie die zentralen Herausforderungen der Krise? Was brauchen Sie und die Menschen in Arnsberg, um die Energiekrise und den Winter gut zu überstehen?“

„Welche Ideen haben Sie, wie diese Bedürfnisse und Wünsche erfüllt werden könnten?“

Stadt Arnsberg nach dem Vorbild der „Essbaren Städte“ öffentliche Grünflächen fortan mit Gemüse und Obst bepflanzt. Darüber hinaus können Höfe gefördert werden, die das Konzept der „Solidarischen Landwirtschaften“ (s. z.B. Tiggeshof) aufbauen wollen. Außerdem sollten mehr Gemeinschaftsgärten im Stadtgebiet entstehen, damit die Menschen sich teilweise selbst und kostengünstig versorgen können. Besonders betroffenen Menschen können Sach- und Lebensmittelspenden kurzfristig helfen. Um die Zahlungsfähigkeit der Bürger*innen zu gewährleisten, sollten diese insgesamt entlastet werden, indem Mieterhöhungen gebremst und Gebühren, z.B. für die Kita oder das Schulesen, gesenkt werden.

Psychische Gesundheit: Im Hinblick auf die psychische Gesundheit der Bürger*innen schlägt der Bürger*innenrat vor, verstärkt Streetworker*innen einzusetzen, die aktiv hilfsbedürftige Menschen unterstützen und Informationen z.B. zum Energiesparen verteilen. Die Streetworker*innen sollten systematisch Arme, Alte und andere besonders betroffene Gruppen ansprechen. Sie können auch Hausbesuche anbieten. Die Arbeit auf der Straße sollte ergänzt werden durch eine dauerhafte Einrichtung, z.B. ein Bürger*innenbüro, das Hilfestellungen bietet.

Vertrauensverlust: Um das Vertrauen der Gesellschaft in die Politik zu erhalten oder zurückzugewinnen, sollte diese die Gewinner*innen der Krise stärker in die Verantwortung nehmen, z.B. Energiefirmen oder andere Unternehmen, die eher profitieren. Darüber hinaus sollte die Wirtschaft dazu verpflichtet werden, Ressourcen zu sparen, z.B. bei Verpackungen und Energie. Gleichzeitig können auch in Not geratene Start-Ups und Unternehmen gefördert werden und alternative Wirtschaftsformen, wie z.B. Unverpacktläden, unterstützt werden. Diese Leistungen durch den Staat sollten insgesamt bedarfsgerecht erfolgen, d.h. mehr Unterstützung für die sozial schwächere Bevölkerung und weniger Unterstützung für die Personen, die es sich leisten können. Insgesamt ist die Energiekrise jedoch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, weshalb neben einer adäquaten Politik auch das Engagement der Bürger*innen gefragt ist. Die Politik kann dieses Engagement fördern. Zum Beispiel könnte ein Bürger*innenfonds eingerichtet werden, der in Not geratene Arnsberger*innen unterstützt. Durch Spendenaktionen, z.B. eine Kalenderspendenaktion, kann Geld für den Fonds gesammelt werden. Außerdem sollten solidarische Netzwerke und das bestehende Ehrenamt unterstützt werden. Menschen, die sich nicht dauerhaft in Vereinsstrukturen engagieren wollen, können flexible Ehrenämter angeboten werden.

Energiesparen: Der Bürger*innenrat identifizierte mehrere Maßnahmen, um den Verbrauch von Energie zu reduzieren. Zum einen kann Beleuchtung im öffentlichen Raum gespart werden. Dort wo Licht nachts notwendig ist, können Bewegungsmelder Licht dimmen oder abschalten, wenn niemand anwesend ist. Dies gilt zum einen für die Straßenbeleuchtung, zum anderen für die Beleuchtung und das Ausleuchten von Gebäuden. Darüber hinaus sollte die allgemeine Mobilität umweltfreundlicher und energiesparender gestaltet werden. Dazu muss der ÖPNV im ländlichen Raum nutzer*innenfreundlich gestaltet werden, z.B. durch einen Bürgerbus, On Demand Bürgertaxi oder den Ausbau von Mitfahrangeboten. ÖPNV-Angebote sollten auch mit den großen Wirtschaftsunternehmen abgestimmt und auf ihre Bedürfnisse angepasst werden. Eine Voraussetzung für die stärkere Nutzung des ÖPNV ist der Ausbau der Regiotram. Um den Pendler*innenverkehr zwischen Wohnort und Arbeitsplatz zu reduzieren, kann es sinnvoll sein, verstärkt Co-Workingplätze in der Stadt auszubauen, damit Pendler*innen weniger häufig ins Büro fahren müssen. Damit die Menschen die Angebote nutzen, sollten sie per App leichter buchbar sein und durch Werbung bekannt gemacht werden.

Akzeptanz und Bewusstsein bilden: Damit die Bürger*innen die Maßnahmen zum Umgang mit der Energiekrise akzeptieren und mittragen, ist es notwendig, das allgemeine Bewusstsein für Sparmaßnahmen zu erhöhen. Dazu können (Plakat-)Kampagnen zum Thema Energiesparen beitragen sowie die Aufforderung zu freiwilligen autofreien Sonntagen. Darüber hinaus sollte der Zugang zu Informationen erleichtert werden. Zum Beispiel können Energiesparkurse für alle kostenfrei angeboten werden. Darüber hinaus können Informationen zum Energiesparen und klimafreundlicher Ernährung auch auf Straßenfesten verteilt werden. Damit bestehende Informationen besser angenommen werden, sollten öffentliche Homepages nutzer*innenfreundlich gestaltet und soziale Medien stärker bespielt werden. Neben der Aufklärung der Bürger*innen sollten Anreize für sparsames und klimafreundliches Verhalten gegeben werden, damit sich das Verhalten der Bürger*innen wirklich ändert. Darüber hinaus müssen neue Gewohnheiten und Verhaltensweisen erlernt werden, z.B. das Reparieren von Produkten. Dies kann durch Skill-Sharing-Angebote wie Repair-Cafés oder Nähtreffpunkte gefördert werden. Gemeinschaftliche Unternehmungen wie Bürger*innen-Energiegenossenschaften können die Akzeptanz für erneuerbare Energien steigern. Es ist darüber hinaus wichtig, die Verhaltensänderungen nicht als Verzicht, sondern als positive Vision und Geschichte zu bewerben. Letztlich sollte sowohl Wirtschaft und Politik als auch jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin verantwortungsvoll leben.

Notfallvorsorge: Für den Notfall einer Energiemangellage sollte vorgesorgt werden, indem zentrale Wärmehallen eingerichtet werden, in denen sich Menschen aufwärmen können.

Allgemeine Nachhaltigkeit: Weitere Maßnahmen für eine nachhaltigere Kommune werden sichtbar, indem die Stadt Arnsberg eine strukturierte Nachhaltigkeitsberichterstattung verfolgt. Diese kann sich positiv auf das Thema Energiesparen und soziale Nachhaltigkeit auswirken und das bereits bestehende Engagement der Kommune für eine nachhaltige Entwicklung transparent machen. Ziel der Nachhaltigkeitsanalyse ist es, die Wirtschaft sozial gerecht und ökologisch verträglich zu gestalten.

Umsetzung – Akteure und Priorisierung

An der Umsetzung dieser Ideen sollten unterschiedlichste Akteure auf lokaler und überlokaler Ebene beteiligt sein.

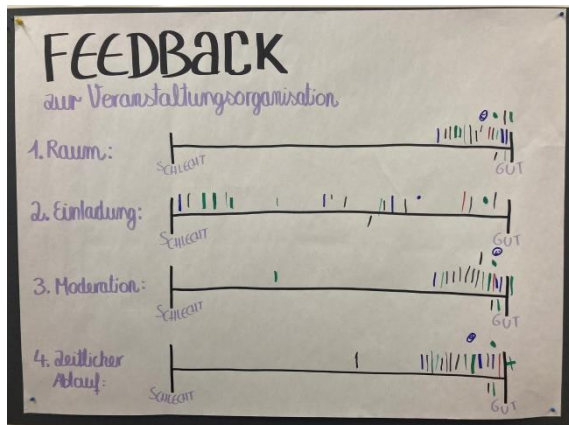
- die Stadtpolitik mit der Stadtverwaltung, Schulen, VHS, und die politischen Vertretungen der Dörfer.
- Arnsberger Unternehmen, Verbände, Supermärkte, Banken, Landwirtschaftliche Betriebe, Vermieter*innen
- die Bürgerstiftung Arnsberg,
- Netzbetreiber*innen und Verkehrsunternehmen,
- lokale Medien,
- soziale Organisationen wie Familienzentren,
- das Ehrenamt in Vereinen wie Schützenverein
- freiwillige Bürgerschaft außerhalb von Vereinen
- die Stadtgemeinschaft in Einklang mit der Natur

„Wer kann unterstützen und wie? Wie möchten Sie selbst an der Umsetzung der Ideen mitwirken?“

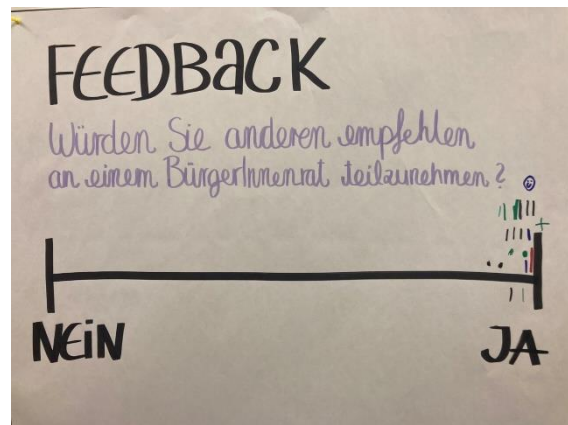
Maßnahmen, die aus der Sicht der Teilnehmende prioritär umgesetzt werden sollten, sind Energiesparmaßnahmen im öffentlichen Raum, die Einrichtung einer Bürger*innen-Energiegenossenschaft, die Verbesserung der umweltfreundlichen Mobilität sowie der Ausbau von erneuerbaren Energien. Darüber hinaus sollten Bürger*innen entlastet werden und das Ehrenamt sowie soziale Netzwerke gefördert werden. Außerdem wünschen sich die Teilnehmenden Bürger*innenfonds, eine Energiesparkampagne und Energiesparkurse.

2.3 Wie kann der Bürger*innenrat im Hinblick auf eine Verstetigung verbessert werden?

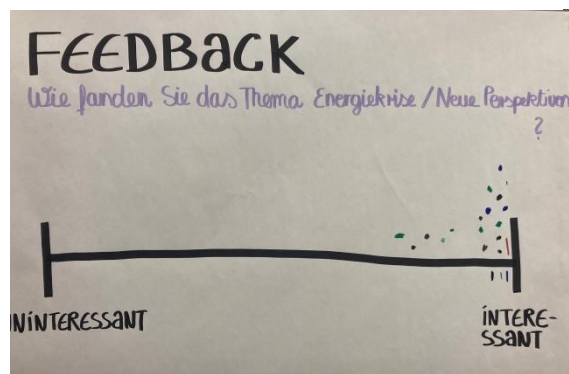
Der Bürger*innenrat Energie in wurde von allen Teilnehmenden insgesamt sehr positiv bewertet.



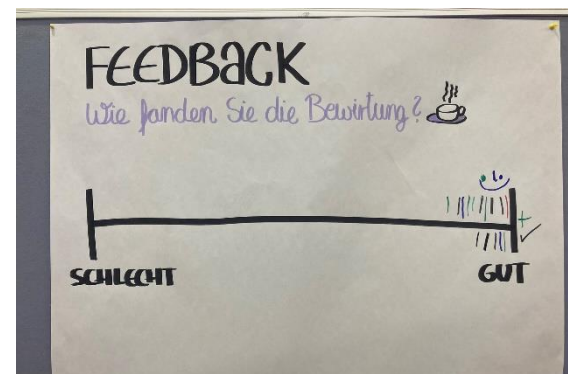
Die Organisation des Bürger*innenrats hat der großen Mehrheit der Teilnehmenden sehr gut gefallen. Zum Einladungsschreiben gibt es Verbesserungswünsche.



Alle Teilnehmenden würden anderen Bürger*innen empfehlen, an einem Bürger*innenrat teilzunehmen.



Alle Teilnehmenden fanden das Thema Energiekrise interessant.



Die Bewirtung fanden alle Teilnehmenden sehr gut.

Vor allem hat den Bürger*innen gefallen, dass sie die Möglichkeit hatten, mit „wildfremden“ Menschen über ein Thema sehr konstruktiv diskutieren und Lösungen erarbeiten zu können. Die Gespräche und Diskussionen haben den Teilnehmenden Spaß gemacht und sie haben neue Perspektiven gewonnen. Alle Teilnehmenden haben sich respektvoll und freundlich verhalten. Die Motivation und das emotionale Engagement aller Teilnehmenden war inspirierend und es war motivierend zu sehen, dass es engagierte Bürger*innen in Arnsberg gibt. Durch das Angebot des Bürger*innenrats fühlen sich die Teilnehmenden gehört und wertschätzt.

Verbesserungsvorschläge betreffen vor allem das Einladungsschreiben, welches eindeutiger formuliert und genauere Informationen zum Format und Thema des Bürger*innenrats enthalten sollte. Darüber hinaus wünschen sich die Teilnehmende genauere Auskunft darüber, wie die Ergebnisse weiterverfolgt werden. Sie regen an, die Gruppendiskussionen stringenter zu moderieren, um beim Ursprungsthema Energiekrise zu bleiben.

3 Impressionen aus der Vor-Ort Veranstaltung

